



Evangelische Verantwortung

Vorsorge für die Umwelt –

Vorausschauende Gestaltung der menschlichen Lebensformen

I us Töpfer

Die Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 hat die Unionsparteien als stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland bestätigt und sie mit einem überzeugenden Mandat zur politischen Gestaltung für die nächsten vier Jahre betraut. Die Unionsparteien stellen sich dieser verantwortungsvollen Aufgabe, zu deren wesentlichen Kernbereichen die Umweltpolitik zählt. Neueste Meinungsumfragen weisen erneut aus, daß Schutz und Erhalt von Natur und Umwelt bei uns und weltweit in den Augen der Bevölkerung die zentrale Herausforderung des Jahrzehnts ist.

Die Sozialnatur des Menschen

Jede Ordnung und jede Gestaltung der Gesellschaft sind in ihrem Leitbild, in ihren Zielen und Regeln von einem mehr oder weniger ausdrücklichen Menschenbild geprägt. Nach der christlichen Soziallehre ist der Mensch Person, ausgestattet mit Erkenntnisfähigkeit und freiem Willen. Person meint jedoch nicht das auf sich allein gestellte Individuum, zum Personsein gehört neben der Individualnatur auch die **Sozialnatur**. Der Mensch ist auf Gemeinschaft angelegt, worin sich nicht nur seine Begrenztheit, sondern auch Fülle und Reichtum menschlichen Lebens ausdrücken. Diese seinschaftliche **Gemeinschaftsverbundenheit** ist der **erste** konstitutive Aspekt der Sozialnatur des Menschen.

Der **zweite** Aspekt wird am Prinzip **Subsidiarität** erkennbar, das Papst Pius XI. in seiner großen Enzyklika „Quadragesimo Anno“ prägnant definiert hat:

„Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und

untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung.“

Im Umkehrschluß heißt dies aber auch, daß jeder Einzelne solange gefordert ist, seine Angelegenheiten zu regeln, als seine Kräfte dies vermögen.



Bundesminister Prof. Töpfer: „Das Verantwortungsbewußtsein der Wirtschaft noch verstärken!“

32. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

„Das vereinte Deutschland – Chancen und Aufgaben“

12.–13. April 1991, Berlin
Kongreßhalle Alexanderplatz

Vorläufiges Programm:

Donnerstag, 11. April 1991, 19 Uhr
Landestagung des EAK-Berlin
Neuwahl des Landesvorstandes

Freitag, 12. April 1991, 13 Uhr
Bundesarbeitskreis
Neuwahl des Bundesvorstandes

20 Uhr
Theologisches Abendgespräch

Samstag, 13. April 1991, 9 Uhr
Geistliches Wort

9.45 Uhr
Eröffnung durch den
Bundesvorsitzenden des EAK
der CDU/CSU

10.30 bis 16 Uhr
Arbeitskreise und Vorträge

Der Einzelne bzw. die kleinere Einheit hat also die sittliche Verpflichtung, ihm zukommende Aufgaben auch zu lösen und sie nicht aus Bequemlichkeit oder anderen vorgeblichen Gründen auf andere abzuwälzen.

Das Gemeinwohl als Ziel der Politik

Beide Aspekte des Sozialen fließen in das Gemeinwohlprinzip der christlichen Soziallehre ein. Das Gemein-

Verantwortungsethik gesprochen; letztere ist gerade in der Umweltpolitik in hohem Maße gefragt. Politik bedeutet ihrem Wesen nach stets Ausübung von Macht. Sie ist nicht Vollzug vorgegebener oder vorbestimmter Strukturen, sondern Ergebnis eines Entscheidungsprozesses mit dem Ziel der Verbindlichmachung dieser Entscheidung. Politische Entscheidungen fallen heißt auch, Alternativen zu verwerfen.

Zugleich ist Politik aber auch Ver-

auf den Prinzipien der christlichen Soziallehre.

Ziele der Umweltpolitik

Vorsorge für die Umwelt bedeutet vorausschauende Gestaltung der menschlichen Lebensformen, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln und um dadurch auch Freiräume für die Entfaltung zukünftiger Generationen zu erhalten.

Insoweit erfüllt eine am Vorsorgeprinzip orientierte Umweltpolitik das Gebot der Solidarität; sie schafft die Voraussetzungen dafür, daß der Einzelne sich in der Gemeinschaft entfalten kann und in seinen Entwicklungsmöglichkeiten nicht beschnitten wird.

Nach dem Verursacherprinzip sind grundsätzlich alle betrieblichen und außerbetrieblichen Kosten den Produkten oder Leistungen zugerechnet werden, die die jeweiligen Kosten verursachen. Eine volkswirtschaftliche effiziente und schonende Nutzung der Naturgüter wird am ehesten erreicht, wenn die Kosten zur Vermeidung, zur Beseitigung oder zum Ausgleich von Umweltbelastungen möglichst vollständig dem Verursacher zugerechnet werden.

Zurückgeführt auf seinen Kern bedeutet das Verursacherprinzip daher nichts anderes als die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, d. h. die jeweilige Einheit ist für ihren Bereich verantwortlich und trägt somit auch die damit verbundenen Lasten.

Vorsorgeprinzip und Verursacherprinzip sorgen gemeinsam für eine am Gemeinwohl orientierte Umweltpolitik, worunter nach christlicher Definition der Stellung des Menschen in der Schöpfung nicht allein das Wohl der jeweils lebenden menschlichen Gemeinschaft verstanden werden kann, sondern umfassender die Weiterexistenz unseres Planeten mit all seinen Entwicklungsmöglichkeiten für Menschen, Tiere und Pflanzen im Rahmen der von Gott vorgegebenen Schöpfungsordnung.

Vor diesem Hintergrund gilt es nun, Umweltpolitik für das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zu formulieren. Ich sage das ganz bewußt auch angesichts der historischen Entwicklungen und Ereignisse, die im vergangenen Jahr stattgefunden und zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und freier Selbstbestimmung geführt haben.

Für EG-weites FCKW-Verbot ab 1997

Aus Anlaß einer Debatte über die 2. Weltklimakonferenz in Genf erklärte der CDU-Politiker im Europäischen Parlament **Karl-Heinz Florenz**, daß die Bedrohung des Lebensraumes Erde durch Veränderung des Klimas von Jahr zu Jahr zunimmt.

Die Folgen des Treibhauseffektes und der Zerstörung des Ozonlochs sind unabsehbar, sagte Florenz, der den angenommenen Antrag für die EVP-Fraktion unterzeichnete. Die Folgen einer Temperaturerhöhung für die Erde sind dramatisch: Die globale Erwärmung führt zu einem Anstieg des Meeresspiegels um fast 1 Meter bis zum Jahr 2100. Küstennahe Gebiete und Inseln werden unbewohnbar!

Florenz: Es ist bedauerlich, daß die zweite Weltklimakonferenz keinen Beschluß über die Ergreifung konkreter Maßnahmen gefaßt hat. Jetzt

kommt es darauf an, daß tatsächlich gehandelt wird.

Wir müssen alle nur möglichen Anstrengungen unternehmen, um die verfügbaren Kohlendioxid-Minderungspotentiale soweit wie möglich auszuschöpfen. Ich fordere die Kommission auf, umgehend Vorschläge vorzulegen für ein EG-weites Verbot des Verbrauchs und der Produktion aller Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) spätestens ab 1997.

Die Volkswirtschaften im industrialisierten Norden der Welt haben bekanntlich einen unverhältnismäßig hohen Anteil am Kohlendioxidausstoß. Darüber hinaus sollten bis zum Jahr 2005 die Kohlendioxid-Emissionen in der EG um mindestens 30 Prozent reduziert werden. Und schließlich brauchen wir in der gemeinschaftlichen Umweltpolitik eine Klimaschutzabgabe.

wohl als Ziel und Regulativ der Politik bezieht sich daher ebenso auf die Entwicklung des Menschen als freie, nur Gott verantwortliche Person als auch auf einen gesellschaftlichen Zustand, d. h. auf solche realen Lebensbedingungen, die es dem Menschen erst ermöglichen, für sich und in Gemeinschaft mit anderen sein Leben nach seinen wert- und sinngebenden Vorstellungen zu gestalten. Diese Forderung gilt auf Dauer; keine Generation hat das Recht, Entwicklungen einzuleiten, die die nachfolgenden Generationen dieser Möglichkeit beraubt.

Was bedeutet nun dieses Menschen- und Gesellschaftsbild für die Politik; lassen sich aus ihm konkrete Handlungsprinzipien für die Politik und speziell für die Umweltpolitik ableiten?

Max Weber hat im Zusammenhang der Politik von der **Gesinnungs- und**

mittlung. Sie vermittelt zwischen den verschiedenen Gruppen und gesellschaftlichen Interessen, zwischen Einzelinteressen und Gemeinschaft. Die Politik lebt von Idee und Entwurf. Sie muß sich Ziele, Konzeptionen und Werte vorgeben, andernfalls bleibt sie gestaltlos und fahl. Politik hat nur in dem Maße Qualität, wie sie der Verwirklichung von Werten dient und wie dies auch der Bevölkerung erkennbar wird. Unter dieser Prämisse ist die Ausübung von Macht durch die Politik – wie vorher ausgeführt – sittlich nicht zu beanstanden.

Für die Umweltpolitik bedeutet dies, klare Prinzipien zu formulieren, die Wurzelgrund für die zu treffenden Entscheidungen sind. Die Umweltpolitik der Bundesregierung läßt sich von den Grundprinzipien der **Umweltvorsorge** und der **Verursacherzuordnung** leiten. Beide beruhen in ihrem Kern

Niemand sollte sich etwas vormachen: Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der ehemaligen DDR ist sicher keine Frage von Tagen und Monaten. Für den Umweltschutz gilt in besonderem Maße, daß wir einen sehr schweren und sicherlich nicht kurzen Weg vor uns haben.

Die ökologische Sanierung und Entwicklung in den neuen Ländern wird in der nächsten Legislaturperiode zweifellos einen hohen Anteil an personellen und finanziellen Ressourcen binden. Ich warne aber vor der Vorstellung, daraus folge ein Stillstand für die deutsche Umweltpolitik. Ich sage es ganz deutlich: Sanierung kann und wird nicht das einzige Thema sein, das uns in den 90er Jahren beschäftigt.

Die ökologische Situation im geeinten Deutschland, verschärft durch die Herausforderungen, wie z. B. durch die ständig wachsende Mobilität innerhalb Europas, geben allen Anlaß, unsere Umweltvorsorgepolitik konsequent fortzuentwickeln. Aus meiner Sicht ist es im übrigen selbstverständlich, daß wir auch weiterhin die Verpflichtung haben, bei der Bewältigung grenzüberschreitender und globaler Umweltprobleme den Beitrag zu leisten, der von einer führenden Industrienation wie die Bundesrepublik Deutschland zu erwarten ist.

Handlungsfelder

Unabhängig von aktuell auftretenden

den Handlungserfordernissen sind die vordringlichen Handlungsfelder für eine mittelfristig angelegte Umweltvorsorge:

- globale Klimaveränderungen
- verkehrsbedingte Umweltbelastungen
- Abfallproblematik
- Landschaftszerstörung.

Die Bewältigung dieser Probleme erfordert umfassende, abgestimmte Maßnahmebündel, die alle Verursacherbereiche dieser Umweltbelastungen erfassen. Handlungsbedarf besteht somit nicht nur im Zuständigkeitsbereich des Umweltministers, sondern vor allem auch in anderen Politikbereichen. Neben der Energie- und Wirtschaftspolitik muß sich das Hauptinteresse in den kommenden Jahren auf eine umweltgerechte Verkehrspolitik und eine umweltgerechte Agrarpolitik richten.

Die Fortentwicklung der Umweltvorsorgepolitik, besonders die Forcierung eines in die Produktionsprozesse und Produkte „integrierten“ Umweltschutzes sowie die Berücksichtigung des Umweltschutzes in anderen Handlungs- bzw. Politikbereichen erfordern den weiteren Ausbau des ökonomischen Instrumentariums, wobei zunehmend auch hier europäische Lösungen in Betracht zu ziehen sind.

Angesichts des erreichten hohen Standes des Umweltrechts hängen wei-

tere Erfolge im Umweltschutz zunehmend von den verantwortlichen Eigenleistungen der Verursacher ab. Zielsetzungen wie z. B. die Steigerung der Abfallvermeidung und -verwertung erfordern in besonderem Maße die Stärkung des Verantwortungsbewußtseins der Wirtschaft.

Umweltschutz als Staatsziel ins Grundgesetz

Wichtig ist, daß der Staat selbst sich noch deutlicher als bisher zum Umweltschutz bekennt. Ich unterstütze deshalb nachdrücklich die Bemühungen, in dieser Legislaturperiode den Umweltschutz als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Der Vorschlag, den die beiden Kirchen gemeinsam hierzu in der vergangenen Legislaturperiode vorgelegt haben, sollte ernsthaft in die Diskussion wieder eingebracht werden, da er die Stellung des Menschen in und für die Welt oder – um in der Diktion des Alten und Neuen Testaments zu bleiben – in und für die Schöpfung und seine damit verbundene Verantwortung, aus der sich letztlich auch die Verantwortung des Staates ableitet, optimal beschreibt.

Ann.: Prof. Dr. Klaus Töpfer ist Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Arbeit für die Umwelt in Sachsen

Karl Weise

Wir Christen fragen uns oft: Was haben wir getan, was tun wir und was wollen wir tun. Unser Denken ist beherrscht von dem Wunsch nach Frieden auf dieser Erde. Es wird aber auch bestimmt von der großen Bedrohung unserer Welt durch die unheimlichen Umweltschäden, die sich in den letzten Jahren eingestellt haben. Die meisten dieser Schäden sind nicht von allein gekommen, sie sind durch den Menschen hervorgerufen worden. Deshalb ist es unsere erste Pflicht, alles zu tun, um diese Entwicklung aufzuhalten und mit allen Kräften zur Bewahrung der Schöpfung beizutragen.

Blicken wir zurück in das vergangene Jahrzehnt. Die Kirchentage brachten einige bedeutende Auftakte in der christlichen Bewegung. Sie waren Höhepunkte, und ich möchte besonders den **Kirchentag in Dresden 1983** erwähnen; denn von da gingen neue Impulse aus, die bis heute noch ihre Wirkungen zeigen.

Ich gehöre selbst dem christlichen Umweltseminar in Rötha an. Wir hatten die Aufgabe, zum Kirchentag in Dresden einen Umweltkongreß vorzubereiten und durchzuführen. Ich glaube, rückblickend sagen zu können: es ist uns recht gut gelungen.

Denn von da aus konnten wir viele Christen, die zu uns gekommen waren,

informieren über Dinge, die man sonst in diesem Lande nicht erfahren hat, da alles geheim gehalten wurde. Wir konnten uns austauschen mit Christen aus den verschiedenen Regionen. Überall gab es Probleme, die in den Jahren bis 1990 stets zugenommen haben.

Es ist besonders aufschlußreich gewesen, als in der überfüllten Kreuzkirche Betroffene aus ihren Orten berichteten. Erschütternd, was dort zu hören war! Alle, die vom Kirchentag weggingen, waren der Meinung, **wir müssen noch mehr tun als bisher**, wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die verhängnisvolle Entwicklung in der

Umweltschädigung aufzuhalten. Wie – dazu gab es kein Rezept. Das mußten die einzelnen örtlichen Umweltgruppen von sich aus entscheiden. Aber gerade das viele Kleine, was nun getan werden konnte, hat doch dazu beigetragen, daß letzten Endes eine enorme Bewegung, nicht nur in der damaligen DDR, sondern auch in der Bundesrepublik in Gang kam. Vor Jahren wurde jeder, der das Wort Umwelt in den Mund nahm, als Schwarzseher, Miesmacher oder gar Staatsfeind angesehen. Das hat sich grundsätzlich geändert.

An einem Beispiel möchte ich erläutern, daß manches hätte vermieden werden können, wenn man auf die Leute gehört hätte, die nicht nur gewarnt haben, sondern hochkarätige wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt hatten, um überhaupt festzustellen, wie man Umweltschäden vermeiden kann. Ich denke da an die



„Ich jedenfalls verleihe“ nie wieder etwas!“

Arbeiten des Herrn Prof. Hans-Günter Däßler in Tharandt. Er hatte die Einwirkung der Luftverunreinigung auf die Vegetation untersucht. So hieß auch sein erstes Buch, das er 1976 herausgab.

Prof. Däßler hatte durch zahlreiche Untersuchungen feststellen können, daß die Schäden, die man an Bäumen wahrnehmen konnte, von bestimmten Schadstoffen ausgelöst wurden.

Insbesondere als Großkraftwerke, in denen schwefelhaltige Kohle verheizt wurde, in Betrieb genommen wurden, kam es in unmittelbarer Nähe dieser Werke zu einem Baumsterben und Waldsterben. Durch die Däßlerschen Untersuchungen konnte nachgewiesen werden, daß Baum- und Waldsterben vorwiegend durch Schwefel-

sterben vorwiegend durch Schwefeldioxyd hervorgerufen worden ist. Das war also schon vor mehr als 25 Jahren.

Neben den Kirchentagen wurden noch **zahlreiche Umweltgottesdienste** durchgeführt, so zum Beispiel auch in Mölbis, einem Ort hinter Espenhain, der größten Dreckschleuder Europas. Dort waren die Umweltbelastungen derart hoch, daß man eigentlich den Menschen gar nicht mehr zumuten konnte, weiterhin dort zu leben. Beim ersten Umweltgottesdienst in Mölbis hieß das Leitwort: „In Mölbis hat die Zukunft schon begonnen“. Es wurden Bäume gepflanzt, Aktionen zur Aufklärung gestartet. Zu den Aktivitäten gehörte unter anderem die Großaktion „1 Mark für Espenhain“.

Das Braunkohlenverarbeitungswerk Espenhain hatte einen Emissionsausstoß, der wahrlich schon kriminell war: 20 Tonnen Schwefeldioxyd und 1,5 Tonnen Merkaptane täglich. Derartig verschmutzte Luft mußte die Bevölkerung in Mölbis, aber auch teilweise in Leipzig und bis hin nach Ostsachsen, einatmen und gesundheitlich verkraften. Das war nicht länger vertretbar! Frau Dr. Koschny, Kinderärztin in Espenhain, wies immer wieder darauf hin, daß sie es nicht mehr verantworten kann, tatenlos zusehen zu müssen, wie Kinder von Jahr zu Jahr in steigender Anzahl an chronischer Bronchitis erkranken, daß aber auch – wie aus Beispielen hervorging – der Kehlkopfkrebs um Espenhain stark anstieg.

So entstand die Idee „**1 Mark für Espenhain**“ – eine Unterschriftensammlung. Wir sagten, es spendet jeder 1 Mark undquittiert zugleich. Damit konnten wir das damalige Unterschriftenverbot umgehen. Es kamen 98 000 Unterschriften zusammen.

Auf Grund dieses hunderttausendfachen Willens der Menschen und der immer mehr ans Tageslicht tretenden Fakten mußte schließlich 1990 Espenhain abgestellt werden. Das bedeutete zwar für viele vorübergehend Arbeitslosigkeit, doch die Arbeiter selbst waren ja die am meisten Geschädigten.

Herr **Bundesumweltminister Töpfer** kam im vergangenen Jahr anlässlich einer Wahlveranstaltung nach Böhlen. Vorher hatte er Espenhain besucht und auch die Einleitung der Abwässer von Espenhain in die Gösel und Pleiße (von da weiter in Weiße Elster, Saale

und Elbe zur Nordsee getragen) be-sichtigt. Er war derart erschüttert, daß er überhaupt nicht in Worte fassen konnte, was er gesehen hatte.

Und das mußten die Einwohner um Borna Jahre – Jahrzehnte erdulden! Aber nun geht es aufwärts, und das läßt hoffen. Ich möchte an das Leitwort vom Kirchentag 1983 erinnern: „Vertrauen wagen“. **Wir wagen nicht nur Vertrauen, wir haben heute Vertrauen.** Die langersehnte und kaum noch für möglich gehaltene Wiedervereinigung unseres Vaterlandes war und ist der einzige Ausweg aus dieser katastrophalen Umweltsituation gerade hier in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt.

„Wir dürfen vor der hier erlebbaren, teilweise ruinösen Hinterlassenschaft des real existierenden Sozialismus nicht a. Augen verschließen, sondern wir müssen sie – ganz im Gegenteil – als eine Herausforderung verstehen.“

Wenn jetzt mit der neuen Kraft des Aufbruchs die Sanierung dieser Regionen in Angriff genommen wird, werden diese im Herzen Deutschlands gelegenen Regionen schon in absehbarer Zeit neu erblühen.“

Bundesminister Prof. Klaus Töpfer

Dem Lebensmittel Nr. 1 – dem Wasser – gilt zur Zeit unsere Hauptaufmerksamkeit. Das Wasser ist hochgradig verunreinigt – insbesondere mit Nitraten angereichert, die wesentlich von übermäßiger bzw. falscher E. gung in der Landwirtschaft herrühren. Das läßt sich bald ändern. Wir müssen für sauberes, klares Trinkwasser sorgen! Abwässer von Industrie und Kommunen müssen in modernen Kläranlagen gereinigt und die Flüsse wieder lebensfähige und lebenspendende Wasserläufe werden. Schwieriger und noch nicht ganz überschaubar dagegen sind die Probleme der Wasser- und Bodenbelastung durch Schwermetalle, auch durch radioaktive Strahlung.

Es sei daran erinnert, welche enormen Nachfolgeprobleme der Abbau des Uranerzes durch die sogenannte Wismut AG hinterlassen hat. Hier muß noch eine gründliche Analytik betrieben und die Sanierung in Angriff genommen werden. Auch die Energiewirtschaft muß neu aufgebaut werden. Und es muß insbesondere ein **Umdenken bei den Menschen** hervorgerufen werden. Das beginnt eigentlich schon

in der Schule. Die Kinder und Jugendlichen sollten mehr zur Sparsamkeit erzogen und zu einem umweltbewußten Leben geführt werden. Daran müssen natürlich auch die Eltern mitarbeiten. In christlichen Gemeinden war das eigentlich schon recht gut angelaufen. Insbesondere die Jungen Gemeinden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR waren aktiv. Im Januar 1988, eineinhalb Jahre vor der Wende, schlossen sich bei Berlin 35 Umweltgruppen zur sogenannten „Arche“ zusammen mit dem Ziel, Informationen auszutauschen und zusammenzuarbeiten. Die „Arche“ war eine Dachorganisation aller aktiv wirkenden Umweltgruppen hier bei uns.

Die Gesamtzahl der zu lösenden Umweltprobleme ist so unendlich groß, daß man zunächst erschrecken könnte und glauben möchte, sie sind nicht mehr lösbar. **Dennoch haben wir Hoffnung** – Hoffnung, das ist das eine, und Vertrauen – Vertrauen wagen ist das andere. Wir müssen jetzt darangehen, Schritt für Schritt ein Problem nach dem anderen mit Sachlichkeit und klarem Kopf zu lösen.

Aus meinem Tagebuch, das ich in der Zeit der Kriegsgefangenschaft geschrieben habe, möchte ich einige Gedanken zitieren. Ich war damals 18 Jahre alt.

„Angesichts des Trümmerfeldes, das uns erwartet, ist es verständlich, daß wir unsere Herzen für ein Weiterleben voll Arbeit, vielleicht auch voll Tränen zu wappnen suchen. Unser Gott scheint kein anderer als der des Verzichts zu sein. An Freude glauben wir nicht denken zu dürfen. Das Übermaß der von uns zu leistenden Arbeit scheint uns ja zu erdrücken.“

Ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg ist unsere Ausgangssituation im Bereich der Umwelt und Landesentwicklung wie ein gewaltiger Trümmerhaufen, den uns die letzten 40 Jahre SED-Herrschaft hinterlassen haben. Doch diesmal können wir mehr Hoffnung haben; denn für uns in den neuen Bundesländern besteht heute die Chance, ökologisch orientiert den Neuaufbau zu beginnen und die Altlasten mit moderner Technik zu sanieren. Die Mittel dafür müssen wir aufbringen.

Ann.: Dr. Karl Weise ist Staatsminister im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung.

Erlösungshoffnung des Christen

Freiheit als Voraussetzung eines Lebens in Würde

Albrecht Martin

Der triumphierende Ruf „der Sozialismus ist tot“ und die empörte Reaktion derer, die nach wie vor einen „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ für erstrebenswert und für möglich halten, bis hin zu der Mahnung des Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, daß der Begriff „Sozialismus“ ein unaufgebbares Humanum, eine Vielzahl von unerprobten Möglichkeiten bewahre – diese entgegengesetzten Auffassungen fordern uns zu gründlichem, d. h. zu grundsätzlichem Nachdenken heraus.

Denn so sehr die Parole vom Tod des Sozialismus durch die Erfahrung der letzten Monate und Jahre bestätigt zu werden scheint, so einhellig das Urteil über die Repräsentanten des real existierenden Sozialismus von Pankow bis Moskau auch ist, wir werden gegen alte und neue Formen totalitärer Diktaturen nur dann gefeit sein, wenn wir die geistige Auseinandersetzung nicht scheuen.

Übrigens gebietet das auch der Respekt vor den Menschen, die sich selbst als Sozialisten begriffen und für ihr Verständnis von Freiheit in den Tod gegangen sind. Und schließlich hat es gegeben und gibt es noch die Gruppe der religiösen Sozialisten, die als Christen sich in den Reihen der Sozialisten politisch engagierten. Noch weiter gingen – und gehen wohl auch heute noch – die Mitglieder der Bewegung „Solidarische Kirche“, die eine Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion nicht zuletzt auf die Ansicht gründen, daß das der Sowjetideologie zugrundeliegende Menschenbild dem der Bibel nicht fern sei.

Es ist also wirklich notwendig, die gegenwärtige Lage zu gründlicher Diskussion zu nutzen. Dabei habe ich nicht die Hoffnung, daß es gelänge, die Probleme in dem Sinne aufzuarbeiten, daß wir zu einer endgültigen Antwort kommen könnten.

Bei Licht besehen handelt es sich um die beinahe uralte Frage, ob und wie weit wir Menschen die **Sehnsucht nach einer neuen Welt des Friedens und der Gerechtigkeit**, also nach einer erlösten Welt, durch unser politisches Handeln stillen sollen oder überhaupt dürfen. Oder, anders formuliert, wie verhalten sich der Glaube an das göttliche Erlösungshandeln zu unserem aus diesem Glauben sich begründeten politischen Handeln zueinander?

Drei Antworten sind auf diese Frage grundsätzlich möglich, und sie sind

auch alle im Laufe der Geschichte durchexerziert worden.

Erstens gibt es die Möglichkeit einer völlig bruchlosen Identität von Glaubensgemeinde und politischer Gemeinschaft. Das wandernde Gottesvolk der Wüstenzeit Israels und der Richterzeit kam dieser Einheit nahe. Die Hoffnung auf die Erfüllung der



Albrecht Martin, MdL

Verheißung des Landes, der Bund Gottes mit diesem Volk, begründete die politische Existenz. Kriege waren Jahwes Kriege, heilige Kriege. So jedenfalls sah es das Israel der Prophetenzeit im Rückblick. In furchtbar pervertierter Form findet sich diese Identifizierung von neuem Gottesvolk und politischer Macht bei schwärmerischen Bewegungen verschiedener Epochen.

Zweitens kann man eine Antwort auf die oben formulierte Frage geben, indem man eine von der Welt getrennte, sich selbst genügende Gemeinde bildet. Die Überwindung der Welt durch Christus führt nicht zum Gebot der Veränderung der Welt durch politisches Handeln. Man gibt der Welt gegenüber Zeugnis von dem im Glauben erfahrenen Neuen gerade durch Isolierung von der Welt. Ohne Zweifel hat dieses beispielhafte Handeln intensiv in diese Welt hineingewirkt und sie – meiner Ansicht nach – stärker verändert als bestimmtes zeichenhaftes Handeln Einzelner in unserer Zeit, etwa der Totalverweigerer.

Für die abendländische, besonders die reformatorische Christenheit ist die Überzeugung wichtig geworden, daß wir der Erlösung gewiß sein dürfen, daß wir in der Hoffnung auf die Vollendung leben und daß wir in der noch nicht erlösten Welt in der Hoffnung auf Gottes Gnade unter den gegebenen Verhältnissen verantwortlich handeln. Die Theologische Erklärung von Barmen 1934 steht in dieser Tradition. Von dieser Grundlage her erklärt sich die Denkschrift der EKD von 1985 „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe.“ Darüber wird noch zu sprechen sein.

Antworten auf Erlösungssehnsucht

Mit dieser Darstellung möglicher Antworten auf die in unserem Thema enthaltene Frage könnten wir es sein Bewenden sein lassen, wenn wir nicht in unserem Jahrhundert mit dem Versuch einer rein innerweltlichen, politischen Antwort auf die Erlösungssehnsucht der Menschen zu rechnen hätten. Denn nichts anderes als säkularisierte Erlösungslehren sind die modernen totalitären Ideologien, also vor allem Sozialismus und Nationalsozialismus, wobei wir letzteren wegen des Fehlens einer gedanklichen Gesamtkonzeption in unserem Zusammenhang vernachlässigen können.

Die Auseinandersetzung wird dadurch erschwert, daß der Begriff des Sozialismus von den verschiedensten Gruppen und Strömungen benutzt wird. So liegt es nahe, das Versagen bisher jeder sozialistischen Ordnung entweder auf Abweichungen von der reinen Lehre oder auf persönliches Versagen führender Repräsentanten zurückzuführen. Demgegenüber gilt es immer wieder hervorzuheben, daß das Scheitern jeder sozialistischen Ordnung eben nicht auf persönliches Versagen Einzelner, sondern gerade auf Grund Lehren des Sozialismus zurückzuführen ist. Da nach seiner eigenen Überzeugung der Sozialismus sich an der Praxis messen lassen muß, kann man ihn nun nicht als Lehre vom Scheitern in den Ländern trennen, in denen er Grundlage alles Handelns gewesen ist.

Es ist natürlich verlockend, Not und Elend der Menschen, Unterdrückung und Unfreiheit, Haß und Feindschaft auf das Vorhandensein bestimmter Produktionsverhältnisse zurückzuführen und das Ende aller Not von der

klassenlosen Gesellschaft zu erwarten; zumal diese neue Gesellschaft mit historischer Notwendigkeit durch das Proletariat heraufgeführt werden soll.

Ich will auch gar nicht leugnen, daß in all dem etwas deutlich wird von dem Seufzen der Kreatur nach Erlösung; man kann auch nicht bestreiten, daß das Ringen der Sozialisten – von diesem Zukunftsbild ausgehend – die gesellschaftlichen Verhältnisse weltweit verändert hat; zum Positiven hin übrigens nur dort, wo sie gerade nicht die Macht erhielten. Aber darum geht es ja auch nicht. Es geht vielmehr um die erneut bestätigte Erfahrung, die für den Christen auch aus seinem Glauben sich begründet, daß der Mensch selbst, weder als Einzelner, noch als Rasse oder als Klasse, von sich aus die neue Welt nicht heraufführen kann, und daß überall dort, wo entsprechend der Lehre des Marxismus Freiheit sich als Einsicht in historische Notwendigkeit definiert, die schrecklichste Tyrannei herrschen muß.

Lebensfeindlichkeit des Sozialismus

Freiheit als Voraussetzung eines Lebens in Würde kann nur dort bestehen, wo ich dem Menschen die Möglichkeit zu verantwortlichem Handeln lasse, wo ich damit rechne, daß Freiheit durch Irrtum oder Bosheit mißbraucht werden kann, und wo eine rechtsstaatliche Ordnung vor den Folgen solchen Mißbrauchs möglichst weitgehend schützt. Weil der Sozialismus den Menschen bei Marx der Unausweichlichkeit eines historischen Prozesses und bei Lenin der Herrschaft der Partei als der Avantgarde des Proletariats unterwirft, deshalb ist er zutiefst und von seinem Wesen her freiheitsfeindlich. Der Begriff „Sozialismus“ umschreibt tatsächlich ein Humanum, nämlich den Drang des Menschen, sich selbst zu erlösen; die Griechen nannten das Hybris, die Bibel spricht von Sünde. Wo die Sehnsucht nach einer neuen Welt sich zum politischen Programm mit dem Anspruch auf Unfehlbarkeit verdichtet, da wird der entscheidende Schritt zur Vergewaltigung des Menschen getan.

Nun wird vielfach eingewandt, daß **der Mensch die Utopie oder doch den Traum von der vollkommenen Welt brauche**. Man weist auch immer wieder darauf hin, daß die anderen Entwürfe einer Ordnung von Gesellschaft erhebliche Mängel aufweisen und daß man von ihnen die Lösung der schwerwiegenden Probleme nicht erwarten

könne. Daß es in der freien Welt z. T. schlimme Unzulänglichkeiten und ungelöste Probleme gibt, spricht **nicht** für den Sozialismus; und zwar deshalb nicht, weil die Freiheit gar nicht den Anspruch auf Vollkommenheit erhebt. Freiheit weiß um die Unzulänglichkeit des Menschen. Es geht in ihr immer um das ständig neu scheiternde Ringen um ein Ziel, das nicht erreicht werden kann. Wo diese Bescheidenheit zugunsten des scheinbar Vollkommenen aufgegeben wird, da wird es schlimm.

*Die Wälder wachsen noch.
Die Äcker tragen noch.
Die Städte stehen noch.
Die Menschen atmen
noch.*

Bertolt Brecht

Schlimm wäre es andererseits aber auch, wenn die Einsicht in das notwendigerweise Unvollkommene alles menschlichen Handelns, auch aller politischen Bemühungen, zur Resignation oder gar zum Zynismus führte. Auch das hat es in der Geschichte immer wieder einmal gegeben mit Folgen, die denen totalitärer Diktaturen nicht unähnlich sind. Unerträglich ist es auch, den Menschen im Wissen um die Unvollkommenheit und in der Einsicht in die engen Begrenzungen seines Tuns auf die Pflicht zu verweisen.

Um große Gestalten der Geschichte, die nur ihrer Pflicht zu leben versuchen im Wissen um die letzte Vergeblichkeit, ist deshalb immer eine große Einsamkeit; ich denke an Marc Aurel oder Friedrich den Großen. Auch hier steckt bei allem Zurücktreten der Person gegenüber der Pflicht, gegenüber dem Dienst, ein gutes Stück Selbstgewißheit, eine Hybris der Einsamkeit.

Für den Christen stehen demgegenüber sowohl das Wissen um die Grenzen allen Tuns als auch die Bereitschaft zu Gehorsam und Pflicht unter dem Zeichen einer gewissen Hoffnung. Alle Texte des Alten und Neuen Testaments zu Advent und Weihnachten atmen Freude und Hoffnung. Daß die Adventszeit von alters her Bußzeit ist, widerspricht dem nur scheinbar und nur deshalb, weil wir mit dem Wort Buße die Vorstellung von Ernst, ja Bedrücktheit verbinden.

Buße – also Umkehr – ist aber immer der Zukunft zugewandt und lebt von der Hoffnung auf ein wirklich Neues. Aber dieses Neue geschieht eben nicht durch menschliches Tun, sondern ist

Handeln Gottes. Es ist Handeln Gottes auch und gerade dort, wo die neue Welt als eine in den politischen Verhältnissen gewandelte Welt umschrieben wird: es wird Friede sein, die Mächtigen werden entthront werden, alle werden satt sein, keine Ungerechtigkeit mehr wird es geben.

Daß es sich nicht um das Ergebnis menschlichen Tuns handelt, das wird daran deutlich, daß auch die Natur teilhat an der neuen Welt: Die Wölfe werden bei den Lämmern wohnen, die Panther bei den Böcken lagern, und die Löwen werden Stroh fressen wie die Rinder (Jes. 11). So offensichtlich es sich um eine endzeitliche Verheißung handelt, sie ist vor moderner Fehlinterpretation nicht sicher: vor kurzer Zeit bedurfte es in einem Ausschuß unserer Synode einiger Mühe, zu verhindern, daß ein Aufruf zur „Versöhnung mit der Schöpfung“ in ein synodales Papier kam.

Aber nun lebt der Christ ja nicht nur in der Hoffnung auf die Zukunft Gottes, sondern er weiß ja auch: das Alte ist vergangen, siehe es ist alles neu geworden! Das Neue ist also Gegenwart und fordert uns zu einem diesem Neuen entsprechenden Handeln. Es ist es aber durch Gottes Liebestat und eben nicht durch uns, auch nicht durch unsere vermeintlich aus dem Evangelium sich ergebenden politischen Programme! Wenn man das weiß, dann hebt man nicht mehr vom Boden der – gewiß vorläufigen – Realitäten ab, sondern man bemüht sich, unter den gegebenen Bedingungen der Welt das Mögliche zu tun, und zwar in dem Sinne, daß dieses Tun hinweist auf eine Welt, wie sie nach Gottes Willen sein soll und durch ihn auch sein wird.

Darum ist **politisches Handeln aus der Verantwortung des Christen immer von einer großen Freiheit bestimmt**: die Bindungen und Zwänge dieser Welt haben ihre letzte Bedeutung verloren, aber sie existieren noch, und die Programme und Ziele sind Möglichkeiten, aber ohne Absolutheitsanspruch. Deshalb sollten und könnten Christen auch im politischen Geschäft fröhliche Menschen sein, gewiß fröhlicher als jene, die sich in den Dienst einer totalitären Ideologie stellen.

Und für die Menschen und Völker ist es gewiß besser, wenn Politiker ihre Arbeit tun in der gewissen Hoffnung auf Gottes Erlösung und nicht mit dem Anspruch, durch ihre Anstrengungen das Heil der Welt bewirken zu können.

Ann.: Albrecht Martin, MdL, ist Mitglied des EAK-Bundesvorstandes.

Happening oder Verfassungsorgan?

Die 7. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 7.–20. Februar 1991 in Canberra/Australien

Armin Boyens

Daß Außenstehende den Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) kritisieren, ist nichts Besonderes. Daß aber Freunde, ja sogar Mitglieder des Stabes des ÖRK in Genf den ÖRK kritisieren, läßt aufhorchen.

So wirft die evangelische Theologin Margot Käbmann, Mitglied des Zentralausschusses in Canberra/Australien, dem Stab des ÖRK vor, er „entmündige“ die Delegierten durch einen problematischen Zeitdruck. Im Klartext: einzelne Abteilungen und Sekretariate des Stabes (nicht alle!) in Genf haben den Delegierten die Rechenschaftsberichte über die vom Stab in den verflossenen 7 Jahren geleistete Arbeit nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht vorgelegt, so daß die Delegierten ihrer Pflicht zur Prüfung des Geleisteten nicht nachkommen und ihre Richtlinienkompetenz nicht ausüben können.

Diesen Vorwurf bestätigt indirekt Professor Dr. Günter Gaßmann vom Stab des ÖRK, wenn er kürzlich schreibt, daß die „Informationsverzögerung bei den Vorbereitungsarbeiten im Genfer Mitarbeiterstab etwas mit der gegenwärtigen Unklarheit im Blick auf ökumenische Konzepte und Zielvorstellungen und der damit verbundenen Unklarheit auch im Blick auf die Rolle und Funktion einer Vollversammlung des ÖRK zu tun habe.“

Zusammengefaßt bedeutet diese Kritik, daß es im Stab des ÖRK und unter Ökumenikern in Leitungspositionen Leute gibt, die den Verfassungsauftrag einer Vollversammlung des ÖRK vergessen zu haben scheinen.

Darum sei hier zuallererst an ihn erinnert. Die Vollversammlung des ÖRK ist „das oberste legislative Organ, das an der Spitze des ÖRK steht und in der Regel alle 7 Jahre zusammentritt“. Ihre Aufgaben sind die Wahl der Präsidenten des ÖRK und der 145 Mitglieder des neuen Zentralausschusses. So wichtig Personalentscheidungen auch sein mögen, so haben doch die Sachentscheidungen der Vollversammlung noch größere Bedeutung. Sie wird in Canberra „das Programm überprüfen“, mit dem ihre 1983 in Vancouver/Kanada beschlossenen Richtlinien vom Stab in Genf in die Praxis umgesetzt oder nicht umgesetzt worden sind. Danach muß sie dann die

neuen Richtlinien für die Arbeit des ÖRK in den 90er Jahren bis 1998 festlegen. Die Überprüfung der seit 1983 geleisteten Arbeit ist die wichtigste Aufgabe, denn aus ihr ergeben sich die Richtlinien für den zukünftigen Weg des ÖRK.



Dr. Boyens: Wohin führt der Weg des ÖRK?

Ein gutes Beispiel für geleistete Arbeit bieten Kommission und Sekretariat für Glauben und Kirchenverfassung. Beide unter der Leitung von Professor Dr. Günter Gaßmann hatten von der **letzten Vollversammlung in Vancouver** den Auftrag erhalten, „die Suche nach konkreten Schritten auf dem Weg zur sichtbaren Einheit“ zu verstärken. Sie haben in den letzten 7 Jahren diesen Auftrag erfüllt, eine Tatsache, die von den Massenmedien nahezu unbeachtet geblieben ist. Ein Ergebnis der Arbeit des Sekretariats für Glauben und Kirchenverfassung ist die inzwischen berühmt gewordene „Konvergenzerklärung über Taufe, Eucharistie und Amt“. Sie hat eine Diskussion ausgelöst, die in ihrem Umfang in der Geschichte der Ökumene einmalig genannt werden kann. Ihr Text wurde in 31 Sprachen übersetzt. Ende 1989 waren 450 000 Kopien des Dokuments (nach seinem Entstehungsort auch kurz „LIMA-Dokument“ genannt) und 100 000 Studienführer zum Text in verschiedenen Sprachen im Umlauf.

Alle Mitgliedskirchen des ÖRK wurden aufgefordert, bis zum 31. Dezember 1984 zu dieser Erklärung Stellung zu nehmen. Bisher haben 185 Kirchen, darunter auch Nichtmitgliedskirchen des ÖRK, geantwortet. Die Stellungnahme Roms verdient besonders erwähnt zu werden.

Es ist das erste Mal in der Geschichte des ÖRK, daß die römisch-katholische Kirche auf ein Dokument des ÖRK eine offizielle Antwort gegeben hat. Sie wurde im August 1987 vom päpstlichen Rat für die christliche Einheit dem Sekretariat für Glauben und Kirchenverfassung in Genf übergeben. Die Verzögerung erklärt sich durch den gründlichen innerkatholischen Beratungsprozeß. Zuerst schickte Rom das LIMA-Dokument an die nationalen Bischofskonferenzen, an theologische Fakultäten sowie andere Gremien mit der Aufforderung, sich zu äußern. Die Antworten wurden vom päpstlichen Rat für die christliche Einheit analysiert und mit Hilfe einer Reihe von theologischen Beratern dann zu einer offiziellen Stellungnahme verarbeitet. Die Antwort Roms bestätigt, daß das LIMA-Dokument eine ökumenische Errungenschaft darstellt. Papst Johannes Paul II. und andere führende römisch-katholische Persönlichkeiten haben wiederholt betont, wie wichtig und richtungsweisend das LIMA-Dokument für die sichtbare Einheit der Kirche sei. Darum kann man sagen, daß Ausarbeitung und Rezeption des LIMA-Dokuments das bedeutendste Ereignis jahrelanger ökumenischer Annäherung zwischen den Christen aller Konfessionen ist.

Aus dieser ökumenischen Zusammenarbeit heraus sind weitere Studienprogramme von Glauben und Kirchenverfassung erwachsen, an denen römisch-katholische Theologen mitwirken. 12 römisch-katholische Theologen sind Vollmitglieder der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung. Rom hat diese seine offizielle Mitgliedschaft in dieser Kommission des ÖRK in den letzten 7 Jahren beibehalten und seine Mitarbeit verstärkt.

Ein gemeinsames Studienprogramm unter dem Thema „Die Einheit, die wir suchen“ will dazu beitragen, Hindernisse abzubauen, die einer engeren Gemeinschaft der Kirchen entgegenstehen. Dabei handelt es sich nicht nur um Hindernisse, wie sie sich aus überkommenen Unterschieden in Lehre

und Tradition der Kirchen ergeben. Es gibt neue Hindernisse. Sie entstehen aus Meinungsverschiedenheiten über das politische und soziale Engagement einzelner Christen und kirchlicher Gruppen im Bereich der atomaren Abschreckung, der Weltwirtschaftsordnung und Schuldenkrise sowie der sogenannten Klimakatastrophe und des Treibhauseffekts.

Neue Bedrohungen der Einheit der christlichen Kirchen

Politisches Engagement – mit diesem Stichwort ist ein Tätigkeitsfeld des ÖRK angesprochen, durch das dieser

Kirchen wollen Solidarität mit Menschen am Golf demonstrieren

Genf. Kirchen aus aller Welt wollen vom 7.–20. Februar in der australischen Hauptstadt Canberra die Solidarität der Christen mit den vom Krieg betroffenen Menschen demonstrieren. Dies sei die Ansicht der großen Mehrheit der Kirchenvertreter, erklärte der Ökumenische Rat der Kirchen am 24. 1. 1991 in Genf zu seiner Entscheidung, trotz des Golfkrieges die siebte Ökumenische Vollversammlung stattfinden zu lassen. Die Gespräche mit den Delegationen der 311 Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates hätten ergeben, daß in dieser kritischen Situation gerade das „Friedenszeugnis der Kirchen“ notwendig sei. (aus: epd)

leicht in die Schlagzeilen gerät, aber mit dem er nur selten Zustimmung findet. In jüngster Zeit hat er fast nur Kritik der Medien für diese seine politischen Aktivitäten geerntet. Generalsekretär Emilio Castro hat sich dafür mit einer Medienschelte revanchiert und behauptet, „die westliche Presse betreibe eine Kampagne gegen den ÖRK“. Worum geht der Streit? Um vier Buchstaben: JPIC. Das ist die englische Abkürzung für **Justice, Peace and Integrity of Creation**, deutschen Lesern besser bekannt als „konziliarer Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Die Anregung zur Gründung von JPIC ging von deutschen Teilnehmern der letzten Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983 aus. Sie hatten vom ÖRK gefordert, er solle ein Weltfriedenskonzil aller christlichen Kirchen einberufen. Zu Ehren des ÖRK und seines Stabes in Genf muß gesagt werden, daß er dem Gedanken eines Weltfriedenskonzils von Anfang an skeptisch gegenüberstand. Er schätzte die Chancen seiner Verwirklichung gering ein.

Für ein Weltfriedenskonzil traten vor allem einzelne Christen und kirchliche Gruppen aus dem deutschen Sprachraum ein. Ihr bekanntester Sprecher war der deutsche Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker. Er forderte 1985 auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf, ein Konzil aller christlichen Kirchen solle ein Wort für den Frieden sprechen, das die Völker der Welt nicht überhören könnten.

Der Stab des ÖRK behielt mit seinen Bedenken recht. Der Begriff des Konzils war nicht nur für die orthodoxen Mitgliedskirchen des ÖRK, sondern auch für Rom unannehmbar.

Wollte man Rom zur Teilnahme gewinnen, mußte man im ÖRK auf den Konzilsbegriff verzichten. Das geschah, und so blieb vom ursprünglichen geplanten Weltfriedenskonzil der „konziliare Prozeß“ übrig. Dieser „konziliare Prozeß“ wurde wiederum vor allem im deutschen Sprachraum mit großer Energie betrieben. Sein Höhepunkt sollte die Weltkonferenz von Seoul im März 1990 sein. Diese endete mit einem Fiasko (Vgl. Evangelische Verantwortung März 3/1990, S. 7f). „Das Friedenskonzil ist gescheitert“, – so die Feststellung von Delegierten.

Eine besondere Enttäuschung für den ÖRK war, daß Rom Ende 1989 es ablehnte, als Mitveranstalter der Weltkonferenz von Seoul aufzutreten. Anstelle der Benennung von Delegierten war Rom nur bereit, 20 Beobachter zu entsenden.

Starke Kritik hat der ÖRK – nicht nur in Seoul – von seinen Mitgliedskirchen in ehemals sozialistischen Ländern erhalten. Offenbar fällt es einigen Mitgliedern des Stabes des ÖRK schwer, die Bedeutung der politischen Veränderungen in Osteuropa zu begreifen. Dies zeigte die Diskussion auf dem letzten Zentralauschuß des ÖRK im März 1990 in Genf. Der Stab hatte für diese Diskussion einen 15-seitigen Text mit dem Titel „Veränderungen in den sozialistischen Ländern und Folgerungen für die Kirchen und den ÖRK“ vorgelegt. Der Verfasser schildert ausführlich die gegenwärtige „Krise des Sozialismus“. Er beklagt, daß manche allzu rasch von dieser Krise auf den „Sieg des Kapitalismus“ schließen. Die „Verbrechen des Stalinismus“ werden einmal kurz erwähnt, aber so, als hätten sie mit dem Sozialismus nichts zu tun. Genau so behandelt der Autor

„die Verfolgung der Kirche“, die er ebenfalls nur einmal kurz erwähnt und Stalin zurechnet, als habe der real existierende Sozialismus nicht seinen Stasi und seine Securitate gehabt, die noch vor 15 Monaten Christen bespitzelten, verhafteten, folterten und ermordeten.

Handlungsbedarf der Vollversammlung

Wie soll der Leser angesichts dieser Tatsachen folgende Sätze im erwähnten Dokument verstehen? „Die gesellschaftliche und politische Botschaft des Marxismus ist für eine große Zahl von Christen in allen Teilen der Welt eine Herausforderung und eine Inspiration ... Die bereichernden Erkenntnisse, die Zusammenarbeit und Dialog zwischen Christen und Marxisten gleichermaßen gebracht haben, sollten jetzt in die Entwicklung der Beziehungen von Staat und Religion eingebracht werden. Der Beitrag der Christlichen Friedenskonferenz (von Prag) verdient hier besondere Erwähnung“.

Kann man wirklich von einem Dialog zwischen Henkern und Opfern sprechen? Hat der ÖRK nicht zur Kenntnis genommen, was seine Mitgliedskirchen in Ungarn und der Tschechoslowakei heute, da sie offen sprechen können, über die Prager Friedenskonferenz äußern? Und was vor allem führende Mitglieder der Prager Friedenskonferenz selbst über ihr Versagen bekennen? Sie war ein Propagandainstrument der kommunistischen Kirchenkontrolleure, mit dem sie die von ihnen unterdrückten Kirchen zwangen, die sowjetische Außenpolitik als Friedenspolitik zu loben und zu rechtfertigen. Einen echten Dialog zwischen Christen und Marxisten, der diesen Namen verdient, kann es erst jetzt geben. – In der Freiheit eines demokratischen Rechtsstaats.

Dieser kurze Überblick über die letzten 7 Jahre der Arbeit des ÖRK zeigt deutlich, wo die Vollversammlung tätig werden muß, wenn sie ihre Richtlinienkompetenz wahrnehmen will.

1. Das Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche – besonders nach der Nichtteilnahme Roms an der Weltkonferenz in Seoul – muß verbessert werden. Rom hatte theologische Vorbehalte gegenüber der Konzeption der Weltkonferenz vorgebracht. Kardinal Ratzinger am 15. 12. 1988: „Die Kirche tut ... für

den Frieden nicht mehr, sondern weniger, wenn sie die ihr eigene Ebene des Glaubens, der Erziehung, des Zeugnisses, des Rates, des Gebetes und der dienenden Liebe verläßt, um sich dafür in eine direkte politische Aktionsgemeinschaft zu verwandeln“. Weil theologische Meinungsverschiedenheiten über Wesen und Auftrag der Kirche den „konziliaren Prozeß“ behindern, müssen theologische Klärungen erfolgen.



2. Weltmission und Evangelisation gewinnen neue Dringlichkeit. In der Sowjetunion ist eine neue Religionsgesetzgebung in Kraft getreten. Wenn man liest, wie groß jetzt das Arbeitsfeld der christlichen Kirchen in der UdSSR geworden ist, welcher Fülle von Anfragen und Bitten um Information und Unterweisung im christlichen Glauben sich die Kirchen gegenübersehen, begreift man die Priorität christlicher Erwachsenenbildung und Mission. Nach dem Zusammenbruch der Ideologie des Kommunismus fragen die entchristlichten Massen: „Was soll jetzt unter uns gelten? Wo ist der Sinn des Lebens? Wo finden wir Halt?“

Vor einer vergleichbaren Situation steht die EKD in der DDR. Was ist ihre Verkündigung an die entchristlichten Massen Deutschlands? Und Ähnliches gilt für die christlichen Kirchen in anderen ehemaligen Ostblockstaaten. Diese Mitgliedskirchen des ÖRK werden die sie bewegenden Fragen nach Canberra mitbringen und Hilfe von der Vollversammlung erwarten.

3. Das politische Engagement des ÖRK wird überprüft und korrigiert werden müssen. Die osteuropäischen Mitgliedskirchen werden ihre Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus einbringen und keine naive, unkritische Glorifizierung des Sozialismus zulassen. Durch die Entspannung zwischen West und Ost sind bestimmte politi-

sche Fragen in ihrem Gewicht reduziert worden. Die ideologische Aufheizung des Gesprächsklimas hat abgenommen. Ideologischer Ballast kann abgeworfen werden. Die Chancen für eine realistische Betrachtung schwieriger Probleme sind größer geworden. Gleichzeitig sind durch den Krieg am Golf neue Fragen entstanden.

Zum ersten Mal gibt es ein geschlossenes Handeln der Vereinten Nationen, um gegenüber einem unbelehrbaren Diktator eine Weltfriedensordnung durchzusetzen. Der Preis für eine solche Weltfriedensordnung ist nicht billig. Aber er muß gezahlt werden. Wird der ÖRK durch seine Vollversammlung die dafür notwendige Einsicht aufbringen und wird der ÖRK bei seiner bisherigen Linie der Unterstützung der Vereinten Nationen bleiben?

Natürlich erfordert die Bewältigung dieser Probleme harte Arbeit. Es wäre schade, wenn diese Chancen ungenutzt verstreichen würden. Wenn die kostbare Zeit der Delegierten auf der Vollversammlung, statt sie für ernsthafte Gespräche zu nutzen, für allerlei Happenings wie das Pflanzen von Bäumen, Teilnahme an einem „Reinigungsritual der Ureinwohner Australiens“, verschiedene unnötige Feiern, Entgegennahme der Botschaft einer „Kindertagung im Kinderlager“ der Vollversammlung und einem „Friedensmarsch“ vergeudet würde.

Alle diese und andere Programmpunkte sind Belege für die von Günther Gaßmann kritisierte „Verschiebung der Vollversammlung hin zu einer feiernden und partizipatorischen Versammlung, einem ökumenischen Kirchentag“. Solche Tendenzen verändern den Charakter der Vollversammlung und entmachten sie als Verfassungsorgan der ÖRK. Außerdem dürften die hohen finanziellen Kosten für die weite Reise von über 1500 Delegierten, Beobachtern und Stab und für ihren Aufenthalt kaum zu verantworten sein, sollte das gemeinsame „Erlebnis eines ökumenischen Kirchentags“ das einzige Ergebnis der Vollversammlung bleiben.

Ann.: Dr. Armin Boyens ist Militärdekan a. D. und war Exekutivsekretär im Stab des Ökumenischen Rates der Kirchen von 1961 bis 1966.

Die für die Kirche bedeutsamen Ereignisse der Landessynode

Peter Beier

Illusionen

Es sind meist geliebte Illusionen, die den Blick auf Realität trüben und zu falschen Schlüssen verleiten. Davon sind wir in unserer Kirche ebensowenig frei wie andere Leute auch, obwohl Christen in den Texten der Schrift Nüchternheit anempfohlen wird. Deshalb soll hier von einigen dieser Illusionen die Rede sein, von gewichtigen wie weniger gewichtigen.

1. Es ist eine Illusion, der Vorstellung anzuhängen, daß die Botschaft des Evangeliums, das Wort von Kreuz, nur deshalb auf so kümmerliche Akzeptanz und Resonanz treffe, weil die Kirche in Verkündigung, Seelsorge und Diakonie falsche, leicht korrigierbare Methoden verfolge und durch ihre institutionelle Gestalt vornehmlich den freien Lauf des Evangeliums hindere. Beseitige man die Hindernisse, so bestünde Hoffnung auf die schönsten Ernten.

Das ist – mit Verlaub – schlichter Unsinn. Zwar haben wir alles daranzusetzen, in Botschaft und Dienst nach menschenfreundlicheren und sachorientierten Methoden zu suchen sowie die Gestalt der Kirche neuen Diensterfordernissen anzubequemen, das ändert jedoch nichts an der einfachen, ziemlich brutalen Wahrheit: Die schweigende Mehrheit in Gesellschaft und Kirche will die Sache nicht, deretwegen Kirche Kirche ist.

Die Leute sind von abgründigem Mißtrauen gegen die – salopp ausgedrückt – „Ware“, welche Kirche in Christi Namen anbietet. Es liegt wahrlich nicht immer und nur an der Kümmerlichkeit, dem Versagen der Feilbieter und Marktschreier, die wir an Jesu Statt sein sollen. Daß es sich so verhält, dafür kann man theologische und analytische Beweise führen. Mich wundert, daß sich Theologinnen und Theologen, denen der Dienst der Schriftauslegung anvertraut ist, darüber resignierend verwundern.

So hornhäutig sind die Mitmenschen nämlich nicht, mindestens zu ahnen, daß das Wort des menschengewordenen und gekreuzigten Gottes die eigene Existenz kippt und in Abgründe stürzt. Wer will sich in einem Zeitalter, da man die Ichstruktur der Subjekte zur

Ehre der Altäre erhob, schon gern sagen lassen, daß es mit dem eigenen Glanz nicht weither ist:

*Sünder bist du,
Lichtjahre fern
vom Ursprung wie vom Ziel,
gesondert und getrennt von Gott,
bedürftig seiner Gnade
und unverdient geliebt.*

Lassen wir uns das eigentlich sagen?

Läge es nur immer an unserem Wollen und Laufen, an unserer Mühe, Arbeit und Phantasie, so möchte sich die Evangelische Kirche im Rheinland im Konzert mit anderen Institutionen



Präses Beier: Die Gemeinden im Osten unserer Republik werden u. a. viel an kritischer Substanz einzubringen haben.

schon sehen lassen. Wir brauchen uns nicht zu verstecken. Es ist beachtlich und aller Ehren wert, was landauf, landab in Gemeinden und Kirchenkreisen angeboten, probiert, vorgestellt und geleistet wird von Tausenden Ehrenamtlicher, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von Pfarrerinnen und Pfarrern. Das ist nicht nichts. Kirche hält immer noch eine Menge Vergleiche aus.

Wenn aber trotz alledem sichtbare „Erfolge“ ausbleiben, so hilft kein Blick zurück in Zorn oder Sehnsucht

(das war schon Lot's Frau verboten!), sondern allein der schnelle Abschied von einer Illusion. Der Auftrag steht, ihn haben wir anzunehmen ohne schieflenden Blick: Die Predigt der richtenden Gnade Gottes öffentlich auszurichten, die Werke der Liebe zuzulassen und zu fördern. Nichts sonst? Nein, nichts sonst...

2. Es war eine Illusion, anzunehmen, wir verstünden uns. Der Satz konzentriert eine Erfahrung, die zu den bitteren des vergangenen Jahres gehört. Er bezieht sich auf das deutsch-deutsche Verhältnis, das sich nun dividierender Betrachtung entzieht. Vierzig Jahre willkürlicher Trennung hinterließ unutilgbare Spuren. Auch in den 1990er Jahren. Vielleicht hier sogar besonders. Die Illusion jedenfalls schien perfekt: Man glaubte, sich wirklich zu kennen.

Brücken der Verständigung

Die evangelischen Kirchen auf beiden Seiten hatten die Brücken gehalten. Über Jahrzehnte wurde Partnerschaft praktiziert, wurden Kontakte ausgebaut, Freundschaften vertieft. Man glaubte, die unterschiedlichen Lebensbedingungen rational und emotional wahrgenommen zu haben. Das war eine Täuschung.

Bei dieser Wahrheit zu bleiben, sie auszusprechen, heißt nicht, die Freude und die Dankbarkeit dafür mit Trauertüchern zu verhängen, daß die Einheit der Nation, die vielbeschworene, wiederhergestellt wurde durch Gottes Gnade, Michail Gorbatschows Vision und die Gunst der Stunde. Mit keinem Gedanken soll herabgesetzt oder verniedlicht sein, was die evangelischen Kirchen, was die Bevölkerung auf dem Wege der sanften Revolution durch beispiellose Proben von Mut erreichten. Sie alle haben ein Anrecht nicht nur auf unseren Respekt, sondern auf unsere Liebe und unsere Opfer. Die Zeit der großen Reden weicht jetzt den abverlangten Taten. Ich für meine Person kann, bescheiden zwar und unserer bösen Geschichte eingedenk, ohne faden Nachgeschmack von meinem Vaterland reden und habe die Freude über das Unglaubliche längst nicht verarbeitet.

Vieles ist inzwischen leider im politischen, ökonomischen und nicht zuletzt

kirchlichen Raum in falsche Geleise geraten. Wir haben es an Sensibilität für die Partner, an Verständnis für eine Situation totaler Überforderung fehlen lassen. Mir stehen Beispiele unglaublich brutaler Geschäftsmethoden westlicher Vertreter vor Augen, die sich am deutschen Elend goldene Nasen verdienen. Es wäre von offener und versteckter Arroganz zu berichten, die jedes Vertrauen zerstört. Was Wunder, wenn unsere Partner mit Mißtrauen reagieren. Es gibt aber gleichfalls Exempel unerwarteter wirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Hilfsbereitschaft. Darüber wird die Geschichte urteilen.

Sensibilität für den Partner

Es kann keine Rede davon sein, daß das glückliche und gelungene Ende des Prozesses des Zusammenwachsens der getrennten Kirchen in Sicht wäre. Sowohl die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) wie die Evangelische Kirche der Union (EKU) tun sich schwer. Die Gemeinden stehen der Komplikation und der Verlangsamung der Prozedur weithin verständnislos gegenüber.

Eine Ausweitung des Risses zwischen Basis und Leitungsverantwortlichen könnte schlimme Folgen haben. Ich bin als Mentor in diesen schwierigen Angelegenheiten ziemlich ungeeignet, gestatte mir aber einen generellen Hinweis. Für mein Gefühl wäre es sinnvoller gewesen, die organisatorische Einheit der Kirchen schnell zu bewerkstelligen, um bei guter Ruhe sich einer grundsätzlichen Erneuerung der EKD unter Beachtung der föderalen Struktur zuzuwenden. Jetzt scheint die Chance vertan, das Ziel einer Stärkung und Straffung der EKD in diesem Jahrhundert zu erreichen.

Wie auch immer. Streit, sanft oder rabiat ausgetragen, entsteht an folgenden allergischen Punkten, die Langzeitwirkungen erzeugen, auch wenn alle Landeskirchen im Gebiet der ehemaligen DDR die Kirchensteuerfrage längst entschieden:

- **Das Kirchensteuereinzugsverfahren.** Es war und blieb bis zum Tage schwer zu vermitteln, daß es sich hier nicht um eine Staatskirchensteuer, sondern um ein vertraglich vereinbartes Einzugsverfahren handelt, bei dem die Vorteile mögliche Nachteile weit überwiegen.

- **Der Religionsunterricht an den Schulen.** Es war kaum verständlich zu machen, daß der Religionsunterricht in keiner Weise mit ideologischem Weltanschauungsunterricht gleichgesetzt werden kann. Das Argument, man wolle an den öffentlichen Schulen nicht eine Ideologie durch eine andere abgelöst sehen, bestimmt immer noch die Debatte.

- **Der Militärseelsorgevertrag.** Dieser führte bisher zu den größten Irritationen. Man muß bemängeln, daß in einigen Fällen nicht einmal der Wortlaut des Vertrages den Debattepartnern bekannt war, ganz zu schweigen von der Praxis der Militärseelsorge. Hier sind wichtige Sachverhalte gründlich zu bedenken. Mir scheint, nötige Veränderungen stehen aus ganz anderen Gründen ins Haus. Diese Synode wird entsprechende Anträge von Kreissynoden zu bearbeiten haben. (Nota bene! Es war die Evangelische Kirche im Rheinland, die als einzige bei Abschluß des Vertrages Bedenken anmeldete und die Zustimmung verweigerte. Alle Kirchen im Gebiet der ehemaligen DDR stimmten damals zu.)

Mitglied in der Kirchenleitung

Albrecht Martin, 63, Staatsminister a. D., Mitglied des EAK-Bundesausschusses, ist von der rheinischen Landessynode in die Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland gewählt worden. In dem 16köpfigen Gremium ist Martin als nebenamtliches Mitglied Nachfolger des verstorbenen Simmerener Rechtsanwaltes Dr. Kurt Schöllhammer.

Vielleicht sind diese Kontroversen auch nur marginal. Veränderungen im Atmosphärischen haben meist mehr Gewicht und führen zu tragischen Konsequenzen. Die Landeskirchen im Osten unterlagen Jahrzehnte staatlichem Druck, der je nach Sachlage vermindert oder erhöht werden konnte. Sie lebten im Abstand zum Staat. Aus diesem Abstand gelang ihnen hier und da eine deutlichere Sprache, gelangen verständliche Zeichen. Die Situation ist nun mit einem Schlage verändert. Menschen in politischen

Ämtern beanspruchen ihren Platz als getaufte Christen in ihrer Kirche. Das Angebot staatsvertraglicher Vereinbarungen soll über Nacht mit Inhalten gefüllt werden. Was uns selbstverständlich ist, wird dort mit überempfindlicher Kritik versehen.

Partnerschaft ausbauen

Wir sitzen unseren Illusionen auf, wenn wir ernstlich meinen, diese Veränderungen seien theologisch, sozial und politisch in Jahresfrist zu verarbeiten. Schlimmer: Der auch für viele von uns faszinierende Traum von einer alternativen Kirche, die zwar Kirche für das Volk, aber eben unter keinen Umständen mehr Volkskirche sein wollte, ging völlig zu Bruch.

Ich bin überzeugt davon, daß die Gemeinden im Osten unserer Republik viel an kritischer Substanz, an Theologie und Frömmigkeitserfahrungen, an bescheidenen, aber eben darum beeindruckenden Modellen von Gemeindegemeinschaft einzubringen haben. Das wird auch uns und unsere Reaktionen verändern, langsam aber effektiv.

Nur, das Modell einer anderen Kirche, das den überaus harten ökonomischen Bedingungen unserer Gesellschaftsordnung gewachsen wäre, steht nicht zur Verfügung. Wer hier Illusionen nachhängt, schadet der Kirche. Überdies werden nun noch die kräftezehrenden Versuche, Kirche im Sozialismus zu formulieren – und das nicht nur im Sinne einer Standortbestimmung –, nachträglich mit Argwohn oder Hohn überzogen. Das ätzt und verletzt. Nicht allein aus diesem Grunde sah ich mich veranlaßt, seinerzeit das Thema aufzugreifen und zu bedenken. Die Debatte wurde geführt. Sie ist für mich abgeschlossen. Glaube aber bitte niemand, die Inhalte des Reizthemas blieben für alle Zeit eskamotiert. Im Gegenteil, sie werden uns alsbald einholen.

Es ist unerlässlich, daß gerade jetzt die bestehenden Partnerschaften zwischen Kirchengemeinden und Kirchenkreisen ausgebaut und vertieft werden. Es ist ganz unerlässlich, daß die Leitungsgremien atmosphärische Probleme erörtern und nach Möglichkeit bereinigen.

Ann.: Peter Beier ist Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland. Bei dem Text handelt es sich um einen Auszug aus seinem vor der Synode erstellten Bericht.

Gut ist, was klappt?

Die Gen- und Biotechnik aus christlicher Sicht

Horst Georg Pöhlmann

Das Problem der Gen- und Biotechnik ist das Problem der Technik überhaupt: die Anonymherrschaft der Technik, die der Mensch nicht mehr beherrscht, sondern von der er beherrscht wird. Von der Ratio der Aufklärung scheint nur noch die Rationalität und Rationalisierung geblieben zu sein. Die Ratio kehrt sich gegen sich selbst. Sie hat sich verselbständigt, ist häufig aus einem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck geworden, zum Eigenläufer geworden. Die Folge ist die Funktionalisierung und Instrumentalisierung des Lebens und des Menschen. Gut ist, was „klappt“, gut ist, was machbar ist. Der Psychologe Horst E. Richter hat diesen Machbarkeitswahn des Menschen, der sich die Gottesattribute Allmacht und Allwissenheit aneignete und daran total gescheitert ist, in seinem Buch „Gotteskomplex“ angeprangert.

All das soll uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Technik in der Bibel ein Mandat Gottes ist. Gott hat dem Menschen das *dominium terrae* übertragen „Macht euch die Erde untertan“ (1. Mose 1,28). Nach Auskunft der Exegese ist mit diesem *dominium terrae* sicher eine sorgende Herrschaft, nicht eine ausbeuterische Herrschaft gemeint. Der Mensch soll ja nach 1. Mose 2,15 die Erde „bebauen und bewahren“. Technik ist nach der Bibel etwas Gottgewolltes, Gutes, so sehr sie zum babylonischen Turm werden kann (1. Mose 11). Schon die Bibel kennt die Ambivalenz der Technik.

Ambivalenz der Technik

Was tun? Wir können und dürfen nicht aus der Technik aussteigen, sondern wir müssen mit ihr umgehen lernen in nüchterner Einschätzung ihrer Gefahren. Wir müssen diese Ambivalenz der Technik sehen und mit ihr leben. Ich will sie am Beispiel Bio- und Gentechnik klar machen.

Vom technischen Mandat des Menschen „Macht euch die Erde untertan und bewahrt sie“ (1. Mose 1,28; 2,15) ist gegen den Embryotransfer grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn Ei und Samenzelle, die künstlich befruchtet werden, von den Eltern des Kindes stammen, also im Falle der homologen extrakorporalen Fertilisation bei Sterilität. Problematisch ist sicher die Auflösung der Sinneinheit von ehelicher Liebe und Zeugung durch die extrakorporale Befruchtung. Noch schwerer wiegt die Vernichtung oder Weiterverwendung der überzähligen Embryonen, die zum Objekt von Manipulationen werden können. Die EKD-Synode hat 1987 in ihrer Verlautbarung zur Gen-

technik die „verbrauchende Forschung an Embryonen“ mit Recht verurteilt.

Die Technik – ein Eigenläufer, wo die Wirkungen den Ursachen davonlaufen? Ich denke, diese homologe In-vitro-Befruchtung ist nur in Ausnahmefällen ethisch zulässig, wenn die Kinderlosigkeit als das größere Übel empfunden wird, also im Falle eines Pflichtenkonflikts, wo ich nicht zwischen gut und böse, sondern zwischen zwei Übeln das kleinere wählen muß, wo ich also in jedem Fall Schuld übernehmen muß.

Eingriff in die Schöpfung

Die heterologe extrakorporale Fertilisation, d. h. die außerkörperliche Befruchtung unter Verwendung eines Samens eines fremden Mannes und/oder eines Eies einer fremden Frau ist m. E. ethisch in keinem Fall zu verantworten. Ebenso wenig ist die Leihmutterchaft akzeptabel, mag auch hier als Gegenargument die Überwindung der Sterilität ins Feld gerückt werden. Durch diese Eingriffe in die Schöpfung wird die Exklusivität der Ehe wie überhaupt die Menschenwürde angetastet. Heterologe künstliche Befruchtung und Leihmutterchaft degradieren den Menschen zur Ware, man denke nur an die Auslesesamen in Samenbanken und uns die Leihmutteragenturen und Leihmutterkataloge etwa in den USA sowie an die Kommerzialisierung – eine Leihmutterchaft kostet 50 000 bis 100 000 DM.

Die Verobjektivierung und Funktionalisierung des Menschen wird hier eklatant, ganz zu schweigen von dem fragwürdigen eugenischen Menschenbild, das sich dahinter versteckt. Die EKD-Synode 1987 spricht zu Recht vom „Anrecht des Kindes auf einheit-

liche Elternschaft“. Ein Kind, das so entstanden ist, wird sich später fragen: Wer bin ich? Die Eltern haben viel bezahlt für meine Entstehung. Werde ich nur angenommen, wenn ich perfekt bin oder so wie ich bin?

Die Ambivalenz der Technik wird überdeutlich bei der prädikativen oder voraussagenden Medizin und der pränatalen Diagnostik. Die Grenze wird hier durch die Alternative markiert: Soll nur die Krankheit ausgeschaltet werden oder Kranke, soll nur die Behinderung ausgeschaltet werden oder der Behinderte? Ähnliches gilt für die Genom-Analyse oder Feinanalyse des menschlichen Erbgutes. Man kann sie grundsätzlich positiv bewerten, soweit durch sie nur potentielle Erkrankungen und Gesundheitsrisiken einer Person festgestellt werden. Aber die Grenze ist auch hier fließend, wenn man fragt, wozu die Genom-Analyse gemacht werden soll. Geht es um therapeutische Hilfe in Einzelfällen oder um die diskriminierende Aussortierung der Schwächeren im Berufsleben sowie bei Abschluß von Versicherungspolicen? Geht es um Therapie oder um die eugenische Hochzüchtung der Gattung Mensch und um die Festschreibung von lebensunwertem Leben – wie bei den Nazis? Hier droht der „gläserne Mensch“ und der Mensch ist auf, ein Geheimnis zu sein.

Unser Parlament hat mit Recht 1970 das EG-Forschungsprogramm „Prädikative Medizin“ kritisiert, in dem ein eugenisches „Europa der Gesundheit“ mittels prädikativer Medizin gefordert wird. Ein Programm, das eine einzige Diffamierung des Behinderten ist und über das sich vermutlich der Philosoph Peter Singer freut, in dessen utilitaristischer Ethik in gewissen Fällen sogar eine Tötung neugeborener Kinder, die schwerbehindert sind, gerechtfertigt wird.

Das Hauptargument gegen diese Neo-Eugenik ist m. E. dies: Jedes Menschenleben hat als Geschöpf Gottes einen – wenn auch oft verborgenen – Wert und Sinn. Der Mensch hat nach christlicher Sicht einen Wert unabhängig von Krankheit und Gesundheit, er hat einen Wert unabhängig von Leistung und Versagen, weil Gott ihn

unwiderruflich am Kreuz geliebt hat. Der Wert des Menschen bemißt sich nicht nach einer ärztlich approbierten Normalität – wie die Gesundheitsreligion unserer Zeit will mit ihrer Vitamingläubigkeit, ihrem Bakterienexorzismus und ihrem Grunddogma: Gesundheit ist das höchste Gut. Als das höchste Gut oder summum bonum wurde bezeichnenderweise in der christlichen Tradition Gott bezeichnet.

Es geht bei dem Streit um das lebensunwerte Leben um die Frage, was macht eigentlich das Leben lebenswert? Eine leidfreie eugenische Welt und ein vollkaskoversichertes Genußsystem oder Werte wie Liebe, Mithenschlichkeit, Menschenwürde, Freiheit?

Menschenzüchtung

Die Instrumentalisierung und Funktionalisierung des Menschen durch die Technik wird natürlich durch die in der Zukunft drohende Genmanipulation durch Menschenzüchtung und Züchtung von Hybriden aus menschlichen und nichtmenschlichen Genen auf die Spitze getrieben. Man rechnet ja nach der 2000-Wende damit, solche geklonten Menschen herzustellen! Wieder frage ich mich: Rächt es sich nicht, wenn der Mensch nicht Gott seinen Schöpfer sein läßt, sondern sein eigener Schöpfer sein will?

Das schreckliche an dieser künstlich gelenkten Evolution ist die Nichtumkehrbarkeit, die Irreversibilität. Die genetische Herstellung menschlicher Mehrlinge verbietet sich schon von daher, daß jeder Mensch als Ebenbild Gottes ein unverwechselbar Eigener ist. Der Mißbrauch der Gentechnik, die Gene oder DNS-Abschnitte künstlich herzustellen und ins Erbgut zu übertragen und das Verfahren, Zellen mit Krebszellen zu verschmelzen, die sich immer weiter teilen und weitergezüchtet werden in einer Zellkultur oder Klon, führt uns vor Abgründe.

Bei der maßmäßlichen Menschenzüchtung in der Zukunft geht es um einen unverantwortlichen Eingriff in das unverfügbare Geheimnis des Lebens und in die Menschenwürde. Denn hier wird die Schöpfung in ihrem Wesen verändert, in ihrer Substanz, nicht nur in ihrer Gestalt, hier wird sie substanzial, nicht nur akzidentuell verändert, wie es der Mensch gemäß dem doninium terrae und seinem Kulturauftrag soll. Analoges gilt von der Pflanzen- und Tierwelt, wo der Mensch ebenso wenig das Recht hat, die Schöpfung in ihrem Wesen zu verändern, statt sie zu getalten, sie willkürlich zu manipulieren statt zu bewahren.

Das Problem der Gen- und Biotechnik wirft nicht nur die Frage auf, was ist Technik, sondern auch, was ist Wissenschaft? Die Züchtung vorprogrammierter Chimären und Hybriden stellt uns vor die Frage: Freiheit der Forschung oder Freiheit des Menschen? Ist die Wissenschaft ein Eigenläufer, wo einfachhin gut ist, was machbar ist und dem Fortschritt dient, also wo das Faktische normative Kraft hat? Werden nicht schon wirtschaftliche Nutzungs- und Gewinn-Interessen dafür sorgen, daß es so läuft sowie Ehrgeiz und Eitelkeit in diesem höchstkarätigen Forschungszweig, wo überall Nobelpreise winken?

»Das Leben kranker, behinderter oder alter Menschen erscheint auf den ersten Blick vielfach nur als Belastung und Erschwerung. Diese Erfahrung darf nicht unterdrückt werden. Aber auch in ihrem Leben steckt oft ein verborgener Segen für andere Menschen. Wer sich von dem Vertrauen leiten läßt, daß Gott auch Last in Segen verwandeln kann, bekommt sehendere Augen für diesen verborgenen Segen. So berichten viele Menschen, daß Besuche bei Kranken und Alten bei ihnen Lebenskraft und Lebensmut geweckt haben. Diese Konfrontation mit Krankheit und Behinderung kann dazu beitragen, die eigene Gesundheit bewußter wahrzunehmen und sich ihrer dankbar zu freuen.«

aus: Gott ist ein Freund des Lebens, Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz, Gütersloh 1989

Darf die Wissenschaft alles tun, was sie kann? Oder gibt es Grenzen des Forschens? Wo sind sie? Ich denke, die kritische Theorie Horkheimers bekommt gegen einen wertneutralen Wissenschaftspositivismus recht, welcher Denken und Handeln trennt und dadurch inhuman wird. Wissenschaft darf sich nicht eigengesetzlich regeln, sondern sie muß ihre ethischen Folgen mitbedenken. Sie hat angesichts der fortschreitenden Spezialisierung die Verantwortung fürs Ganze wahrzunehmen. Man könnte auch im Sinne der kritischen Wissenschaftstheorie sagen: Ethik ist in der Wissenschaft anzusetzen, nicht neben ihr in der Pädagogik, Philosophie und Theologie. Andernfalls stehen wir immer wieder vor dem Problem, daß die Ethik meist zu spät kommt und ihr die Entwicklung davongelaufen ist, ihr nur noch die Aufgabe der Schadensbegrenzung bleibt.

Ich warne vor einer Expertokratie, die jede Frage nach den ethischen Folgen ihrer Forschung als unsachliche Einrede und als „emotionalen Laienquatsch“ abtut – wie neulich einer meinte – so sehr, zugegeben, in der gentechnologischen Diskussion auch oft die Mentalität schlecht informierter Oberlehrer anzutreffen ist, die dauernd den Zeigefinger heben. Aber ist nicht die Öffentlichkeit und Allgemeinverständlichkeit – somit die Nachkontrollierbarkeit – ein Wesenskriterium von Wissenschaft?

Internationale Gesetzgebung

Kurz noch zur Rechtsfrage folgendes: Daß man die ethische Entscheidung nicht nur dem Einzelgewissen überlassen darf und rechtliche Regelungen im Blick auf die Gefahren der Gen- und Biotechnik dringend nötig sind, ist klar. Man kann von daher das im Juli 1989 verabschiedete Gentechnikgesetz unseres Landes, das Mensch und Umwelt vor allen gentechnischen Gefahren schützen soll, nur begrüßen. Ähnlich wie durch die EKD-Synode 1987 wird hier jede Manipulation am menschlichen Erbgut, ebenso wie die Festlegung des Geschlechts eines Kindes im Rahmen einer künstlichen Befruchtung, die Erzeugung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken und die gezielte Erzeugung genetisch identischer Menschen verboten, ebenso wie die Leihmutterchaft und (grundsätzlich) die prädiaktive Medizin. Aber ist nicht, um diese Gefahren wirksam zu bannen, eine internationale Gesetzgebung nötig in Form einer Konvention?

Ein anderes Problem wäre die Frage, ob ethische Werte Gegenstand von parlamentarischen Abstimmungen sein können oder ob sie nicht vielmehr unabhängig von Parlamentsmehrheiten gelten? Ob sie dem Recht wie der Wissenschaft aufgegeben oder vorgegeben sind? Ist von daher nicht eine transzendente Bindung an Werte geradezu nötig, der Glaube an einen transzendenten Wertgaranten, auf den sich ja die Präambel des Grundgesetzes beruft! Wäre es nicht gerade Aufgabe der CDU, im Gegensatz zu einer falschen Gefälligkeitsdemokratie immer wieder diesen Wertgaranten zu reklamieren, der allein Werte garantiert, die Menschen erfahrungsgemäß letztlich nie garantieren können.

Ann.: Prof. Dr. theol. habil. Horst Georg Pöhlmann ist an der Universität Osnabrück Professor für Systematische Theologie

Kurz notiert

Versuch: Ökojahr in Thüringen und Sachsen

Bonn. In den neuen Bundesländern ist Anfang Dezember das „Freiwillige ökologische Jahr“ eingeführt worden. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Familienministerium, **Anton Pfeifer** (CDU) in Bonn mitteilte, wurden in Thüringen und Sachsen Modellversuche gestartet. Der Internationale Bund für Sozialarbeit bietet in Löbau und Weimar jeweils zehn jungen Menschen zwischen 16 und 25 Jahren die Möglichkeit zu einem freiwilligen Ökojahr.

Zu dem Programm gehört neben intensiver pädagogischer Arbeit auch praktischer Einsatz im Umwelt- und Naturschutz. Im alten Bundesgebiet gibt es Versuche mit dem Freiwilligen ökologischen Jahr in Niedersachsen und Baden-Württemberg. Während des Ökojahres erhalten die jungen Leute ein Taschengeld von etwa 300 Mark. (aus: epd)

Kirchliche Umweltarbeit wird ausgeweitet

Düsseldorf. Die kirchliche Umweltarbeit soll als gemeinsame Aufgabe aller evangelischen Landeskirchen im Westen und Osten Deutschlands ausgeweitet werden. Diesen Beschluß hat die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Mitgliedskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zusammen mit kirchlichen Umweltfachleuten aus der ehemaligen DDR gefaßt. Wie der Vorsitzende der EKD-Arbeitsgemeinschaft, **Ulrich Hack** (Düsseldorf), sagte, solle darauf hingewirkt werden, daß die Landeskirchen im Osten sobald wie möglich offizielle Umweltbeauftragte ernennen. (aus: epd)

Peter Hintze in das Ministerium für Frauen und Jugend berufen

Bonn. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat am 24. 1. 1991 in Bonn 33 Bundestagsabgeordnete zu Parlamentarischen Staatssekretären ernannt.

Damit erhöht sich die Zahl der Staatsminister und Parlamentarischen Staatssekretäre um sechs. Die CDU stellt 22, die CSU vier und die FDP sieben. Der bisherige Bundesbeauftragte für den Zivildienst und CDU-Abgeordnete **Peter Hintze**, der auch Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ist, wird Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Frauen und Jugend (aus: epd)

Weltgebetstag am 1. März mit Gottesdiensten in 170 Ländern

Berlin. Der Weltgebetstag der Frauen wird in diesem Jahr am Freitag, 1. März, begangen. Christinnen in rund 170 Ländern werden in Gottesdiensten beten. Frauen aus Kenia haben unter dem Thema „Miteinander unterwegs“ die Liturgie vorbereitet. Darauf hat das Deutsche Komitee für den Weltgebetstag am Donnerstag, 3. Januar, in einer Erklärung hingewiesen.



Miteinander unterwegs

WELTGEBETSTAG

Freitag, 1. März 1991
Frauen aller Konfessionen laden ein

Die politische Situation Kenias sei derzeit wenig durchschaubar, aber einige Fakten für den zunehmenden Druck auf die Kirchen ließen sich beilegen. Zudem gehöre Kenia zu den Ländern, die „Sextouristen“ als Urlaubsziel ansteuern. Das seien zwei Beispiele für die Notwendigkeit, Frauen weltweit „miteinander unterwegs“ sein zu lassen. Als weiteres Beispiel für die Dringlichkeit intensiven Gebets wird die Situation im geeinten Deutschland genannt. Sie habe in diesem Jahr die Weltgebetskomitees der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik zusammengeführt. (aus: epd)



Die neue Bundesministerin Angela Merkel überreicht ihrem Parlamentarischen Staatssekretär Peter Hintze die Ernennungsurkunde. Foto: Lothar Homey

Gegenwart und Zukunft

Es schien uns bisher zu den unveräußerlichen Rechten menschlichen Lebens zu gehören, sich einen Lebensplan entwerfen zu können, beruflich und persönlich. Damit ist es vorbei. Wir sind durch die Macht der Umstände in die Situation geraten, in der wir darauf verzichten müssen, „für den kommenden Tag zu sorgen“ (Matth. 6,34), wobei es ein wesentlicher Unterschied ist, ob das aus der freien Haltung des Glaubens heraus geschieht, die die Bepredigt meint, oder als erzwungener Frondienst am jeweiligen Augenblick. Für die meisten Menschen bedeutet der erzwungene Verzicht auf Zukunftsplanung den verantwortungslosen, leichtfertigen oder resignierten Verfall an den Augenblick, einige wenige träumen noch sehnsüchtig von einer schöneren Zukunft und versuchen darüber die Gegenwart zu vergessen. Beide Haltungen sind für uns gleich unmöglich.

Uns bleibt nur der sehr schmale und manchmal kaum noch zu findende Weg, jeden Tag zu nehmen, als wäre er der letzte, und doch in Glauben und Verantwortung so zu leben, als gäbe es noch eine große Zukunft. „Noch soll man Häuser, Äcker und Weinberge kaufen in diesem Lande“ (Jer. 32,15) muß Jeremia – in paradoxem Widerspruch zu seinen Unheilsweissagungen – unmittelbar vor der Zerstörung der Heiligen Stadt verkündigen, angesichts der völligen Zukunftslosigkeit ein göttliches Zeichen und Unterpfand einer neuen großen Zukunft. Denken und Handeln im Blick auf die kommende Generation, dabei ohne Furcht und Sorge jeden Tag bereit sein zu gehen – das ist die Haltung, die uns praktisch aufgezwungen ist und die tapfer durchzuhalten nicht leicht, aber notwendig ist.

Ann.: Der Text ist entnommen aus: Dietrich Bonhoeffer: Widerstand und Ergebung, Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, Gütersloher Verlagshaus, Christian Kaiser Verlag 1951. Aus Kapitel: Nach zehn Jahren (Rechenschaft an der Wende zum Jahr 1943).

Diese und andere Aufzeichnungen hatte Bonhoeffer wenigen Freunden als Weihnachtsgeschenk zugeeignet. Am 4. Februar 1991 wäre **Dietrich Bonhoeffer 85 Jahre alt geworden.**

Aus unserer Arbeit

Zeitgeist aktiv gestaltend beeinflussen

Wolfsburg. Die Niedersächsische EAK-Landestagung im Herbst 1990 fiel in eine in mehrfacher Hinsicht außergewöhnliche politische Situation:

In Hannover befindet sich die CDU erstmals nach 14 Jahren in der Opposition und gleichzeitig gibt es in Deutschland und Europa eine großartige Entwicklung zu Einheit und Freiheit unter Führung des CDU-Kanzlers Helmut Kohl.

den ihn aktiv gestaltend zu beeinflussen. Die Union sei immer dann erfolgreich, wenn sie überzeugende politische Konzepte offensiv vertrete.

Das erfolgreiche Politikprinzip unserer Tage sei ein protestantisches, sagte Peter Hintze, die politische Freiheit habe ihre Wurzeln in der „Freiheit eines Christenmenschen“ und im „Priestertum aller Gläubigen“. Darum sollten evangelische Christen in der CDU auch die Freude eines Christenmenschen ausstrahlen, sie sollten es sein, die provozierende Fragen stellen und die wesentlichen Le-

Gert Pöttering und **Brigitte Langenhagen** waren einer Einladung des Evangelischen Arbeitskreises des CDU-Kreisverbandes Rotenburg gefolgt. Beide sind Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP).

Während Pöttering einen vielseitigen Vortrag hielt, nutzte die Cuxhavenerin die Gelegenheit, sich als „frischgebackenes“ MdEP vorzustellen.

„Die Politik der Einheit Europas förderte das Zusammenfügen der zwei deutschen Staaten“. Diese Aussage machte Dr. Hans-Gert Pöttering und wies darauf hin, daß Deutschland dadurch eine einzigartige Verantwortung gegenüber Europa habe. Mit Nachdruck brachte der Politiker zum Ausdruck,

daß man auf die Menschen in der ehemaligen DDR stolz sein könne, die den Wandel ermöglichen.

Ulrich Mann neuer Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU

Kiel. Auf Vorschlag des Landesvorsitzenden **Dr. Ottfried Hennig** beschloß der Landesvorstand der CDU Schleswig-Holstein die Berufung von **Dr. Ulrich Mann** zum neuen Landesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises. Bisher wurde diese Aufgabe vom Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heiko Hoffmann, wahrgenommen.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Hessen

Öffentliche Landestagung

„Gesamtdeutsche CDU als politische Heimat für Protestanten – Was hat der 3. 10. 1990 verändert?“

Samstag, 16. März 1991, 10–13.30 Uhr, Bürgerhaus, Bad Vilbel u. a. mit:

Christine Lieberknecht, Bildungsministerin Thüringen
Landesbischof *Hans-Gernot Jung*, Kassel

Tagungsleitung: **Arnulf Borsche**

Anmeldung: CDU-Landtagsfraktion, Frau Sütterlin, Schloßplatz 1, 6200 Wiesbaden, Tel. 06 11/35 05 37

Auch darum hatte der EAK in Hannover seinen Bundesvorsitzenden **Peter Hintze** und den U-Landesvorsitzenden **Josef Stock** MdL, gefragt, wie denn das Profil dieser CDU aus dem eigenen Selbstverständnis heraus sein müsse und wie es dem Wähler vorzustellen sei. Und weiter waren die Themafragen, ob denn das „C“ in der Politik unserer Partei ausreichend deutlich hervortrete und wie es von evangelischen Akzenten geprägt werde; von welchen Wertvorstellungen die nun größere CDU unseres Landes zum Wohle der Menschen bestimmt sein solle. Gerade zu Letzterem war auch der Superintendent **Horst Gaede** aus Tangermünde eingeladen worden, der beeindruckend darüber sprach, was es heißt, als evangelischer Pastor heute in Sachsen-Anhalt politische Verantwortung wahrzunehmen.

Josef Stock forderte den EAK auf, dem „Zeitgeist“ nicht dauernd hinterherzusehen, son-

derspektiven inhaltlich einbringen: Nord-Süd, gesellschaftliche Solidarität und vieles andere.

„Die Einheit Deutschlands muß um die Einheit Europas ergänzt werden“

Bremervörde. Zwei hochkarätige Politiker waren in Bremervörde zu Gast. Dr. Hans-

Evangelischer Arbeitskreis Neuss

Vortragsveranstaltung

Die Rolle der Frau nach Bibel und Koran

Referent: **Prof. Dr. Johann-Dietrich Thyen**
(Gesamthochschule Siegen)

Donnerstag, 28. 2. 1991, 19.30 Uhr,
Hotel zum Norfbach, Vellbrüggener Str. 1, Neuss-Norf

Evangelischer Arbeitskreis der CSU

Öffentliche Landestagung Der Protestantismus im wiedervereinigten Deutschland

Samstag, 16. 3. 1991,
10 Uhr, Bayrischer Hof, München
mit:

Peter Hintze, Parlamentarischer Staatssekretär, Bonn
Bischof *Dr. Joachim Rogge*, Görlitz
OKR *Dr. Werner Hofmann*, München

Der 54jährige Verwaltungsjurist Dr. Mann ist seit mehr als 10 Jahren Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises.

In den Jahren 1965 bis 1972 war Dr. Mann, der im Nebenfach evangelische Theologie studiert hat, als Kirchenrat und Oberkirchenrat hauptberuflich in der schleswig-holsteinischen Landeskirche tätig. Er gehörte auch zu den Mitgliedern der Verfassungsgebenden Synode der Nordelbischen Kirche.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU-Westerwald

„Der Nahostkonflikt – Auftakt zur Apokalypse?“

Dr. Alice Naumoff, Diplompsychologin, Jerusalem

Freitag, 8. 3. 1991, 19.00 Uhr
Stadthalle Haus Mons Tabor,
gegenüber der Ev. Pauluskirche, 5430 Montabaur

Informationen: **Dr. Heinz Jürgen Fischbach**,
Vorsitzender des EAK-Westerwald, Tel.: 0 26 02/20 33

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

Bonn

Aus dem Inhalt:

Vorsorge für die Umwelt	1
Arbeit für die Umwelt in Sachsen	3
Erlösungshoffnung des Christen	5
Happening oder Verfassungsorgan? Die 7. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen	7
Die für die Kirche bedeutsamen Ereignisse der Landessynode – Auszüge aus dem Bericht des Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland	10
Gut ist, was klappt? Die Gen- und Biotechnik aus christlicher Sicht	12
Kurz notiert	14
Aus unserer Arbeit	15

Unsere Verantwortung für die Freiheit

... Die vergangenen Jahre waren eine Zeit der Hoffnung und großer Zuversicht. Langgehegte Träume gingen in Erfüllung, und unser Augenmerk richtete sich vor allem auf die Chancen, die der Wandel auf unserem Kontinent und in anderen Teilen der Welt verhiess . . .

Angeichts der aktuellen weltpolitischen Entwicklungen wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir vor neuen Gefährdungen von Frieden und Freiheit die Augen verschlössen. Ebenso gefährlich wären aber auch Resignation und Flucht aus der Verantwortung.

Die militärische Auseinandersetzung am Golf geht jetzt in die dritte Woche. Kaum jemals zuvor hatte die Völkergemeinschaft ähnliche politische Anstrengungen unternommen, um einen bewaffneten Konflikt abzuwenden. Sie alle scheiterten an der kategorischen Weigerung des Irak, die Beschlüsse der Vereinten Nationen – also den Willen der Völkergemeinschaft – zu erfüllen und die gewaltsame Annexion Kuwaits rückgängig zu machen . . .

Israel soll wissen: Es hat in diesen schweren Tagen unsere ganze Solidarität. Wir werden diese Solidarität auch dadurch unter Beweis stellen, daß wir Israel in seiner bedrängten Lage durch Ausrüstungs- und Materiallieferungen zum Schutz seines Territoriums und seiner Bevölkerung unterstützen. Wir handeln damit entsprechend der besonderen Verantwortung, die alle Bundesregierungen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Israel gezeigt haben.

Solidarisch verbunden sind wir auch den Streitkräften der achtundzwanzig Nationen, die für die Durchsetzung der Resolutionen der Vereinten Nationen kämpfen, für die Befreiung Kuwaits.

Die Verbündeten aus allen Kontinenten, allen voran die Vereinigten Staaten, erfüllen einen Auftrag der Völkergemeinschaft. Sie stehen im Kampf gegen einen gewissenlosen Diktator, damit wir alle – auch wir Deutschen – morgen in einer friedlicheren Welt leben können. Sie bringen Opfer – und ich denke in dieser Stunde besonders an die Soldaten und ihre Angehörigen.

(Auszüge aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, vor dem Deutschen Bundestag in Bonn am 30. Januar 1991)

Unsere Autoren:

Bundesminister
Prof. Dr. Klaus Töpfer
BM für Umwelt, Natur-
schutz und Reaktor-
sicherheit
Kennedyallee 5
5300 Bonn 2

Umweltminister
Dr. Karl Weise
Sächsisches Staats-
ministerium für
Umwelt und Landes-
entwicklung
Ostra-Allee 23
O-8010 Dresden

Staatsminister a. D.
Albrecht Martin, MdL
Hugo-Reich-Str. 10
6550 Bad Kreuznach

Dr. Armin Boyens
Auf dem Äckerchen 74
5307 Wachtberg

Präses Peter Beier
Hans-Böckler-Str. 7
4000 Düsseldorf 30

Prof. Dr. Horst
G. Pöhlmann
Schöneberger Str. 6 a
4512 Wallenhorst 1